

BESETZT

Die Befreite Universität Berlin im Streik

Thomas Schwarz (1989)

Über der Garderobe der Rostlaube der B*freiten Universität Berlin prangt in stolzen Lettern das Wort „BESETZT“. Über dem Eingang der Hochschule der Künste wölbt sich in einem roten Halbkreis dieselbe Überschrift in Form eines „Toiletten-Besetzt-Zeichens“. Am Top des Gebäudes flattert eine riesige Piratenflagge. Über dem TU-Portal hängt ein Transparent mit der Aufschrift „Bastille der Akademie“ und fordert 200 Jahre nach der französischen Revolution zum Sturm auf die Universität auf. Bilder aus dem Wintersemester an den Berliner Unis, das nicht stattgefunden hat. Jahrelang aufgestauter Unmut über die konservative Politik hatte sich Anfang Dezember ausgehend von der FU-Berlin entladen. Innerhalb kurzer Zeit stellten die StudentInnen UNiMUTig die ganze Uni und gelegentlich auch die halbe Stadt auf den Kopf. Die StudentInnen traten mit dem Anspruch an, nicht nur einfach Hochschulpolitik zu machen, sondern mischten auch allgemeinpolitisch, zum Beispiel im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus mit. Die Streikwelle erreichte, vom Berliner UNiMUT angeregt, auch andere Universitätsstädte. Die folgende Geschichte des Streiks informiert über die wichtigsten Phasen und zentrale Forderungen der Streikbewegung an der B*freiten Universität. Ein Résumé will dieser Artikel nicht bieten. Denn viele Forderungen aus dem Wintersemester sind noch nicht erfüllt worden. Für sie gilt es im Sommersemester weiterzukämpfen. Erst dann ziehen wir Bilanz.

Ist's eine Komödie oder eine Tragödie?
Das Berlinstück in sieben Akten

Erster Akt Kubat-Dreieck, Heckel-Eck und eine Geheimkommission

Besetzungen haben in Berlin eine längere Tradition. Im Sommer 1988 ist das 5 Wochen lang besetzte Kubat-Dreieck über die Grenzen Berlins hinaus bekannt geworden. Davon angeregt haben die StudentInnen an der FU zur selben Zeit den Hinterhof der Rost- und Silberlaube besetzt und in Heckel-Eck umbenannt. Die Aktion war ein Protest gegen die konservative Modernisierungspolitik an der Uni.

Im April 1987 hatte der Akademische Senat der FU unter der Regie von Unipräsident Heckelmann auf Anweisung des damaligen CDU-Wissenschaftssenators Turner eine ‚Strukturkommission‘ (Struko) eingesetzt. Dort wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Strukturplanungen für die ‚Freie Universität der 90er Jahre‘ ausgearbeitet. Die Dominanz der Rechten in den entscheidenden Planungsgremien hatte Auswirkungen. Die scheinbar unsachliche Zerschneidung und Neukombination von Fachbereichen entpuppte sich als politisches Tendenzstück. Das Strickmuster, das die Strukturplanungen durchzog, blitzte im Abschlußbericht der Struko verräterisch auf. In der alten Struktur gebe es zu wenig „interfachliche Kontrolle“.

Damit war nun keineswegs gemeint, daß interdisziplinäre Arbeit an der Uni angestrebt werden sollte, sondern die politische Kontrolle von als ‚links‘ eingestuften Fach-

bereichen. Diese sollten mit rechten Fachbereichen zusammgelegt werden, dergestalt, daß rechte Professorenmehrheiten in den Fachbereichsgremien künftig linke Ansätze überlagern. Die Auswirkungen auf Berufungsverfahren und Geldvergabe für Projekte kritischer WissenschaftlerInnen waren absehbar. Es war damit zu rechnen, daß die ins Haus stehenden Kürzungen finanzieller und personeller Art zu ihren Lasten gehen sollten.

Die Semesterferien kamen, und der Widerstand gegen die Struko schien sich zu verlaufen. Der Allgemeine StudentInnenausschuß (AStA) arbeitete in dieser Zeit engagiert und routiniert an der Form der Protestmaßnahmen gegen die Feierlichkeiten zum 40-jährigen FU-Jubiläum. Die StudentInnen gingen davon aus, daß sich die Konservativen auf der offiziellen Geburtstagsfeier am 4.12.1988 im Audimax vor ausgesuchtem Publikum selbst beweihräuchern wollten. Sie selbst sahen keinen „Grund zum Jubel“, setzten für den 1.12. eine studentische Vollversammlung und für den 4.12. einen ‚akademischen Schmähakt‘ als Protestkundgebung an. Niemand dachte im Ernst daran, daß sich im Wintersemester eine breite StudentInnenbewegung entwickeln könnte. Zu oft schon waren derartige Erwartungshaltungen frustriert worden.

Die Strukturpläne für die ‚Freie Universität der 90er Jahre‘ waren mittlerweile im inneruniversitären Gremiendschungel teils revidiert worden. Noch aber standen die Entscheidungen des obersten universitären Gremiums, des Kuratoriums, aus. Über das Kuratorium konnte der CDU/FDP Senat mit fünf dort vertretenen Senatoren direkt in die Unipolitik hineinregieren. Dies war die Stelle, wo auf der politischen Ebene die konservative Hegemonie in der Stadt direkt auf die Uni durchschlug. Hier war die Autonomie der Hochschule direkt angreifbar. In seinen Novembersitzungen macht das Kuratorium Nägel mit Köpfen. Vor allem kleine, gesellschaftswissenschaftliche Institute wurden mit einer willkürlichen Stellenstreichungs-, Zerschneidungs- und Zusammenlegungsoffensive überzogen. Am Montag, den 28.11.1988 war schließlich das Lateinamerikainstitut (LAI) an der Reihe.

Dort wird seit Jahren mit interdisziplinärem Anspruch gearbeitet. Per Kuratoriumsdekret sollte nun der sprachliche Bereich der Lateinamerikanistik aus diesem Forschungszusammenhang herausgerissen werden und dem romanischen Seminar untergeordnet werden. Zu diesem Zeitpunkt hatten die StudentInnen der betroffenen Fächer nichts mehr zu verlieren. Die defensiven Versuche, mit Argumenten auf die Gremienpolitik Einfluß zu nehmen, mußten als samt und sonders gescheitert betrachtet werden. Ab jetzt ging die studentische Basisbewegung in die Offensive.

Der Versuch der Stärkung der Romanistik im sprachlichen Bereich fügt sich in die hochschulpolitischen Konzepte, die Diepgen und Turner mit ihrem Sinn für kapitalistische Zweckrationalität angesichts der Krise an den Hochschulen Mitte Dezember herausgaben. Dort versprachen sie „verstärkte Förderung der Sprachausbildung in [...] Französisch, Spanisch und Italienisch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt 1992“.

Zweiter Akt

Studentische Basisbewegung in der Offensive

Am 29.11.1988 verkündete ein abgenudeltes Waschlappen, dem das Entsetzen und die Eile, mit dem er produziert worden ist, förmlich anzusehen ist, mit krakeligen Buchstaben: „Das LAI ist besetzt“. Der Damm, mit dem die Konservativen die Uni eingemauert hatten, zeigte schnell springende Risse. Die LAI-StudentInnen zogen agitierend durch die Hörsäle. Das Ergebnis: Die studentische Vollversammlung am 1.12. platzte aus allen Nähten. Weitere sechs Institute folgen. Am 2.12. sind 17, am 3.12. sind 22 Institute besetzt. Am 4.12. demonstrieren an die 4 000 StudentInnen gegen die universitätsoffizielle 40-Jahresfeier, die nur unter polizeilicher Abschilderung durchgeführt werden kann. Die Nullnummer der Streikzeitung der B*freien Universität Berlin, die ‚BESETZT‘ vom 5.12.1988 kann feststellen: „Die täglich [...] stattfindenden Uni-Vollversammlungen geraten zur mächtigen Manifestation des studentischen Willens zur Rückeroberung der Uni“.

Am 7.12.1988 meldet das neue Blatt: „Alle 36 Institute sind besetzt und es werden über 300 selbstbestimmte Seminare durchgeführt. Unsere selbstbestimmte Uni ist Wirklichkeit“. Das Tempo der StudentInnenbewegung ist schlicht atemberaubend. Am 10.12. wird unter dem Motto „Wir lassen uns nicht spalten“ eindrucksvoll mit 10 000 TeilnehmerInnen für den Zusammenhalt von Gesellschafts- und Naturwissenschaften in der Berliner Innenstadt demonstriert. Am 13.12. demonstrieren an die 30 000 SchülerInnen und StudentInnen aller Hochschulen Berlins in einem symbolischen Sternmarsch zum Rathaus Schöneberg ihre gemeinsame Stärke.

Die PolitikerInnen versuchen, die Forderungen der StudentInnenbewegung als rein materielle zu interpretieren. In der Tat spielen wir auf dieser Ebene die 100 Milliarden, die dieser Staat für den Jäger 90 auszugeben bereit ist, gegen die paar Millionen „Weihnachtsgeld“ aus, die jetzt auf den heißen Stein der Uni getropft werden sollen (BESETZT Nr. 10, 16.12.88). Insgesamt aber geht es um mehr.

Die Streikbewegung an der B*freien Universität hat ihre Ursachen im jahrelang erduldeten Ausbau des Studiums zu einem Unterwerfungsritual. Von Seiten des CDU-Senats wurde massiv in die Berufungspolitik der Uni hineinregiert. Exemplarisch dafür steht der Fall ‚Wippermann‘.

Der kritische Faschismusforscher stand auf Platz 1 einer Berufungsliste auf eine Professur am Fachbereich Geschichtswissenschaften. Die Wahl von Wissenschaftssenator Turner, der in letzter Instanz über Berufungen entscheiden konnte, fiel aber auf einen unbekanntenen Newcomer, der auf Platz 3 der Liste stand.

Die Folgen der systematischen und sträflichen Vernachlässigung kritischer Aufarbeitung der Vergangenheit in Berlin zeigen sich jetzt: Eine neofaschistische Partei, die sogenannten Republikaner, ist ins Abgeordnetenhaus gewählt worden. Deshalb ist die Forderung nach Faschismusforschung zum wichtigen Kampfziel des StudentInnenstreiks avanciert. Auch am Fachbereich Politische Wissenschaften schlug der Wissenschaftssenator zu. An-

statt Margit Mayer auf Platz 1 der Berufungsliste zu wählen, entschied er sich für den Drittplazierten: ein Schlag ins Gesicht der feministischen Wissenschaft.

Dieser Politik traten die StudentInnen nun mit ihrer Forderung nach Quotenregelung zur systematischen Besetzung von Professuren mit Frauen entgegen. Sie haben vom patriarchalisch-dominierten Wissenschaftsbetrieb genug. Berufungspolitik und Umstrukturierungspläne an den Berliner Hochschulen, die hier in letzter Instanz senatsgesteuert sind, ließen den Ruf nach „Autonomie der Hochschule“ laut werden. Aber auch aus dem Versagen der Uni-Gremien wurden Konsequenzen gezogen:

Die unbrauchbaren Ergebnisse der konspirativ tagenden Strukturkommission entzogen der undemokratischen Arbeitsweise solcher Instanzen die Legitimationsgrundlage. Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Gremienbeschlüsse auf die StudentInnen in den Fachbereichen verloren die dort festgeschriebenen Professoralmehrheiten das Vertrauen endgültig.

Im Rahmen der Strukturreform sollte auch das Psychologische Institut zerstört werden. Dort existierten auf Fachbereichsebene noch von Profs unabhängige studentische TutorInnen. Daneben gab es ein Mitbestimmungsmodell, das auf Drittelparität basierte. Jetzt verlangen die StudentInnen offensiv die uniweite, projektorientierte Ausgestaltung autonomer Tutorien. Was die Mitbestimmung angeht: Sie ist zum zentralen Streikziel geworden. Dem entgegen streben das Hochschulrahmengesetz und das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973. Dort wurde festgelegt, daß HochschullehrerInnen bei Gremienentscheidungen, die Fragen der Lehre betreffen, mindestens die Hälfte der Stimmen, bei Abstimmungen über Forschungsorganisation und Berufungen gar die Mehrheit haben müssen. Nun wird von uns ein viertelparitätisches Mitbestimmungsmodell angestrebt, in dem die funktionalen Gruppen der Profs, der sonstigen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und der StudentInnen gleichberechtigt an einem Tisch sitzen sollen. Vom neuen Senat wird erwartet, daß er schleunigst das Berliner Hochschulgesetz dementsprechend novelliert und auf Bundesebene Initiative zur Neugestaltung des Hochschulrahmengesetzes ergreift.

In sozialpolitischer Hinsicht werden die StudentInnen an drei Punkten hart getroffen. Die Blümsche Gesundheitsreform sieht ab dem vierzehnten Semester eine Verdoppelung der Krankenkassenbeiträge vor. Die Mietpolitik des CDU-Senats sorgt mit der Aufhebung der Mietpreisbindung für ein rapide wachsendes Mietniveau. Der BAföG-Kahlschlag war noch vor der Wende von der SPD mit der Teilumstellung auf Darlehensbasis eingeleitet worden. Nach der Machtübernahme durch die Kohl-Regierung wurde die BAföG-Politik Mittel zur Regulierung der StudentInnenzahlen. Im Rahmen ihrer Sparpolitik sollte die Vergabe von BAföG nur noch als Darlehen die Unter- und Mittelschichten vom Studium ausschließen und die StudentInnenzahlen senken. Die sozialpolitischen Vorstellungen der StudentInnen hingegen zielen auf die Einführung eines Mindesteinkommens. Auf dieser Basis soll es jedem/r problemlos möglich sein, Bildungsinstitutionen bis hin zur Uni, die dann eine Volluni sein wird, zu nutzen.

Dritter Akt

KultuRRevolution an der Uni

Bis Weihnachten hatte sich die Universität zunehmend verwandelt. Das Kampffeld ‚Universität‘ wurde auch auf der symbolischen Ebene neu besetzt. Den HistorikerInnen war es zu dumm geworden, daß ihr Institut ausgerechnet den Namen des ersten Rektors der FU, Friedrich Meinecke, tragen sollte. Sie kündigten Meinecke fristlos. Dessen Vergangenheitsbewältigung hatte darin bestanden, die nationalsozialistische Diktatur als „Deutsche Katastrophe“ zu bezeichnen und sie damit zu naturalisieren. Er hatte dem deutschen Volk alternativ dazu die Ausübung von Ersatzreligion anempfohlen. Es sollte in der Kirche „Goethegemeinden“ bilden, um den „deutschen Geist zu retten“. Die HistorikerInnen, die ganz andere Vorstellungen von kritischer Faschismusforschung haben, setzten mit einer Umbenennung des FMI andere Akzente. Sie nannten sich fortan nach dem volkstümlichen Vitalienbruder und Seeräuber ‚Klaus Störtebeker‘. Auch die anderen Institute hoben neue und alte Namen aus der Taufe. Die JuristInnen benannten ihr Institut nach Karl Liebknecht, der im Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter seine Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert hatte. Der Name steht für eine Diskurs-technik gegen Krieg: Bildung gegen Jäger 90.

Das Otto-Suhr-Institut der PolitologInnen verwandelte sich ins Ingrid-Strobl-Institut (ISI), das geographische Institut ins Ulla-Penselin-Institut (UPI). Die Stoßrichtung der neuen Namen ist eine gegen Gen- und Reprotechnik, gegen die auch Ingrid und Ulla kämpfen. Zudem bekundeten die Studis so Solidarität mit den nach §129a inhaftierten Frauen.

An der TU signalisierte der Fachbereich Umweltechnik internationale Solidarität, als er den Namen ‚Chico-Mendes-Institut‘ übernahm. Der brasilianische Umweltschützer war von Großgrundbesitzern erschossen worden. Der neue Name verweist auf die ökologische Notwendigkeit der Rettung des Regenwaldes. Die ChemikerInnen taufte sich ‚Siggi-Möwe-Institut‘. Schon der Autor des Artikels, der dies in der BESETZT Nr. 11 annoncierte, gab zunächst zu, möglicherweise „kulturell nicht ganz auf der Höhe zu sein“. Dann enthüllte er die diskurstaktische Stoßrichtung des Namens: Siggi Möwe ist der „welteste Hausmeister, nach dem ein organisch-chemisches Institut benannt wurde“. Dies fügte sich nahtlos in den Rahmen der studentischen Forderung nach viertelparitätischer Mitbestimmung in den Gremien, auch für die Gruppe der ‚sonstigen Beschäftigten‘.

Der kulturelle Bruch zwischen Freier und B*freiter Universität wurde mit diesen Umbenennungen symbolisiert. Die Denormalisierung an der Uni nahm schwer einzugrenzende Dimensionen an. Die Trennung zwischen Privatsphäre und Studium wurde aufgelöst. Viele Studis schliefen nicht in ihren Betten, sondern in den besetzten Instituten. Tische und Stühle standen nicht mehr in den Seminarräumen, sondern blockierten Eingangstüren. ‚Streikcafés‘ boten einer ungezwungenen Kommunikation Raum. Die täglich erscheinende Videozeitung lockte fernsehstüchtige StubenhockerInnen in die Uni.



Rost- und Silberlaube während des Streiks. © Umbruch-Archiv.

Die Universitätsgremien wurden konsequent zum Schweigen gebracht. Blockaden und Sprengungen verhinderten deren Sitzungen.

Die Uni bekam indes Farbe. Slogans und Graffitis überwucherten die trostlose Atmosphäre der Betonuni. Ein Gang der Silberlaube hat sich unter dem Motto „Macht die ganze Uni bunt“ in ein unbuntistisches Gemälde verwandelt.

Die Fantasie der StudentInnen, lange aufgestaut und eingezwängt, war explodiert. Die Stoßwelle der Detonation erreichte schnell die Stadt. Die Wartesäle der U-Bahnhöfe wurden zu Vorlesungssälen, zu Seminar- und Übungsräumen für schrilles Theater umfunktioniert. MusikstudentInnen übten unüberhörbar, KunststudentInnen malten unübersehbar. Der Grad der Aufmerksamkeit, den die StudentInnenbewegung in den Medien und in der Öffentlichkeit genoß, schwoll rasch an.

An der TU wuchs trotz aller Bemühungen des repressiven Staatsapparates immer wieder ein autonomer Zebrastrifen nach, und zwar genau da, wo auf der Straße des 17. Juni die Autokultur mit ihrem dubiosen Freiheitsbegriff hegemonial war. Was die BullInnen wiederholt mühsam wegschrubben, markierte wenig später wieder, wie von Zauberhand, einen Fußgängerüberweg.

Eine der kultuRRevolutionärsten Errungenschaften des Streiks waren die ‚Autonomen Seminare‘, ohne den repressiv-zensierenden Scharfblick von ProfessorInnen. Auffällig häufig standen in ihnen die Themen ‚Interdisziplinarität‘, ‚Feminismus‘ und ‚Faschismus‘ im Vordergrund. Sie sind ein Indikator dafür, welcher Typus und welche Themen von Wissenschaft als gesellschaftlich relevant erachtet werden. In der Regel waren die Seminare interdiskursiv angelegt: Natur- und GesellschaftswissenschaftlerInnen sollten sich koppeln. Die Untersuchung

patriarchalischer Strukturen und faschistischer Vergangenheit in Uni und Gesellschaft, aber auch Technologiefolgenabschätzung wurden gemeinsam betrieben.

Koordiniert wurde die StudentInnenbewegung nicht vom AStA, sondern von einer neuen, basisdemokratischen Institution, dem Besetzungsrat: Jedes Institut besaß eine Stimme. Es holte sich dort eine Beschlußvorlage ab und ließ sie auf dem Fachbereichsplenum diskutieren und abstimmen. Das weitere Procedere sah vor, zwei Delegierte, ausgestattet mit einem imperativen Mandat, in den geschlechterparitätisch-quotierten B*Rot zurückzuschicken. EineR der Delegierten rotierte nach dem zweiten Besuch im B*Rot raus, um eineR NachrückerIn Platz zu machen. Auf diese Weise sollte die Transparenz der zentralen Ebene für möglichst viele StudentInnen, die so selbst aktiv am Entscheidungsprozeß teilnehmen konnten, gewährleistet werden.

Die basisdemokratischen Verkehrsformen brauchten Zeit und zogen auch schon mal bissigen Spott auf sich: „Die Anzahl der Räte in der Befreiten Uni steht in reziprok proportionalem Verhältnis zur Anzahl sinnvoller Entscheidungen“ war in der BESETZT Nr. 16 vom 12.12.88 zu lesen. Mit Inhaltsrat, Presserat, Kulturrat, berlinweitem ‚Rat der Räte‘, Sondierungsrat und Berlin-Kommission entstand nach und nach ein neuer Gremiendschungel.

Vierter Akt ‚UNiMUT‘

Die zarteste Versuchung seit es internationale Kongresse gibt

Am 17.12.1988 wurde in der BESETZT Nr.11 angekündigt, daß vom 6. bis 9. Januar ein Kongreß durchgeführt werde, der in die „neugeschaffenen Strukturen“ der

b*freiten Universitäten Berlins einführen sollte. Rasch konkretisierte sich das Projekt. Es wurde international angelegt und erhielt den Titel „UNIMUT – Alternativen zur Fremdbestimmung“ (BESETZT Nr. 12, 19.12.88).

Die Absichten, die mit dem Kongreß verfolgt wurden, sind schnell umrissen: Die „Zusammenführung“ der „jüngsten europaweiten Proteste“ an den Unis wurde angestrebt. Andere Unis sollten, durch den Berliner Widerstand angeregt, „auf den Geschmack kommen“. Die LIEBLINGSZEITUNG (LZ), die berlinweite Streikzeitung aller Hochschulen und Schulen, erläuterte noch einmal die Funktionen des Kongresses. Er sollte als „Ausgangspunkt für eine bundesweite Neu- bzw. Wiederbesetzungswelle der Universitäten dienen“. Der „Austausch“ mit Gewerkschaften und Frauengruppen sollte koordiniert werden, um „universitären mit gesamtgesellschaftlichem Widerstand zu koppeln“. (LZ Nr. 2, 30.12.88).

Am Freitag, den 6. Januar 1989, war es schließlich so weit. Etwa 6 000 Leute, schätzte die BESETZT (Nr. 16, 8.1.89), waren gekommen, darunter in der Tat viel internationales Publikum. Die als Chaoten verschrienen BesetzerInnen hatten der Welt vor laufenden Kameras bewiesen, daß sie die Simulation der bürgerlichen Verkehrsform ‚Kongreß‘ perfekt beherrschen. Feierlich wurde der Kongreß mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Universität und Gesellschaft“ eröffnet. Am Samstag stand das Thema „Feministische Wissenschaftskritik“ auf der Tagesordnung, am Sonntag das Thema „Alternativen zur Fremdbestimmung? – Widerstand gegen Herrschaft“.

Die Kontaktaufnahme „zwischen studentischem und außeruniversitärem Widerstand“ war zwar erfolgreich. Die LZ Nr. 5 vom 9.1.89 aber kommentierte, am politischen Erfolg der Veranstaltung zweifelnd: „Diese Zusammenarbeit muß jetzt praktisch werden“. Für den Montag war zum Kongreßschluß eigentlich ein Aktionstag geplant. Alles konzentrierte sich jetzt aber auf die Ereignisse am Fachbereich Medizin. Die spielerische Leichtigkeit und der Enthusiasmus, mit dem die StudentInnenbewegung aufgebrochen war, war mit einem Schlag dahin.

Fünfter Akt

Die Polizei auf dem Campus

Am 11.12.1988 noch hatten auf einer Fachbereichsvollversammlung von 2 074 MedizinerInnen 82,8 % für eine Fortsetzung des Streiks gestimmt. Die solidarische Teilnahme der NaturwissenschaftlerInnen am Unistreik brachte für die anderen Fachbereiche einen Mobilisierungsschub. Doch dann wurde es für die Medis ernst. In der BESETZT Nr. 7 vom 13.12.88 meldeten sie, daß sie immer noch „Streikbrecher vom Betreten der Lehrveranstaltungen abhalten“ müssen. Doch trotz der „zeitaufwendigen Blockaden“ lagen auch schon die „ersten Termine für autonome Seminare vor“, so daß es auch mit der „inhaltlichen Arbeit vorwärts“ ging.

Am 3.1.89 jedoch räumte ein „Rollkommando der Bullen die Physiologie und Biochemie“ von den BesetzerInnen, die dort auch in den Weihnachtsferien geblieben waren. Die BESETZT vom 4.1. titelte: „MEDIS ENTSETZT“. Die Polizei riegelte das Gelände um die medizinischen Institute weiträumig ab, um StreikbrecherInnen bei Vor-

lesungsbeginn am 9.1. den Zugang zu den Lehrveranstaltungen zu ermöglichen. Am 8.1. schritt die Medi-VV erneut zum Hammelsprung. Das Ergebnis der Abstimmung war denkbar knapp: Von 2 567 Medis stimmten 1 231 für, 1 276 aber gegen Beendigung des Streiks. Die Blockaden gingen also weiter, aber unter neuen Bedingungen.

Presserat und AStA kommentierten in einem Telex die Ereignisse vom „schwarzen Montag unseres Streiks“:

„die polizei ging gegen die blockierenden studentinnen mit brutalsten knüppelinsätzen vor, um streikbrechern den zugang zu den gebaeuden freizumachen. bis 16 uhr gab es weit über 100 verletzte und über 80 festnahmen. vor der anatomie wurde ein demonstrant von einem polizeifahrzeug überrollt – mit diesem sollten streikbrecher zu ihren kursen gefahren werden.“

Die Auseinandersetzungen zogen sich über mehrere Tage hinweg. Die BESETZT vom 18.1.89 setzte zum Vergleich an: „Jetzt ist es auch in Berlin so weit, wie in El Salvador: die Bullen werden auf den Campus geschickt“. Doch schon war klar, daß sich der CDU-Senat hier eine „moralische Niederlage“ eingehandelt hatte. Am Donnerstag schließlich zog sich die Polizei zurück. Die BlockiererInnen fielen sich in die Arme. Die LZ Nr. 6 vom 13.1.89 wertete:

„Natürlich ein Sieg – ein teuer bezahlter. Aber wir haben nur die Repression zurückgeschlagen, unsere Forderungen warten noch immer auf Erfüllung.“

Diese Woche hatte bei den Streikenden immense Kräfte verzehrt. Die inhaltliche Arbeit in den Autonomen Seminaren war zum Erliegen gekommen. Demobilisierend wirkte auch, daß die Medis in einer neuen VV nicht die erforderliche Mehrheit für eine Fortsetzung des Streiks erreichten.

Die „drei medizinischen Fachbereiche erhalten bereits die Hälfte aller Gelder“ an der B*FU. „Vom Rest erhalten die anderen Naturwissenschaften ein Drittel und die ‚sonstigen‘ werden mit einem Sechstel bedient“ (LZ Nr. 8, 27.1.89). Die ZahnmedizinerInnen waren bereits am 16.12.88 wieder aus dem Streik ausgeschieden. Die VeterinärmedizinerInnen brachen den Streik am 12.1.89 ab. Am 21.1. scherte der Fachbereich Chemie aus. Obwohl die Mehrzahl der Fachbereiche (FBs) mit zumeist recht passablen Mehrheiten den Streik fortführte – bei der Abstimmung mit Deutschmark war die Streikfront eingebrochen. In der BESETZT Nr. 25 vom 21.1. fragte eine AutorIn, ob nun das „Ende der Basisdemokratie?!“ erreicht sei? Denn: „An den FBs, in denen die Urabstimmung eine Mehrheit fand, herrscht beklemmende Leere“.

Sechter Akt

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus

Die Hoffnung vieler StudentInnen konzentrierte sich jetzt auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 29.1.1989. Von einer Abwahl des CDU-FDP-Senats versprach mensch sich eine gravierende Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Kuratorium, dem sturen Uni-Gremium, dem die verheerenden Strukturbeschlüsse zu verdanken waren. Noch einmal mobilisierte die StudentInnenbewegung in einer ‚berlinweiten Aktionswoche‘ letzte Reserven. Mit



© Umbruch-Archiv.

phantasievollen Aktionen in der Stadt sollte das Wählervolk noch einmal kräftig gegen den CDU-FDP-Senat aufgehetzt werden.

Am 27.1. rief die LZ Nr. 8 agitatorisch zur ‚Jubelparade‘ zum Rathaus Schöneberg auf: „Zu einer Jubelparade passen keine tristen Farben, UNIBUNTISMUS heißt unsere Devise“. Schließlich kamen laut LZ Nr. 9 „20 000 DemonstrantInnen“. Manche schmolten auch nach dem Motto „Wahlen können sowieso nix verändern“.

Dann der Wahltag: Die Regierungskoalition ist abgewählt worden. Trotz rechnerischer SPD-AL-Mehrheit kam keine Freude auf, denn die Republikaner konnten mit einem haarsträubenden Erfolg ins Abgeordnetenhaus einziehen. Hochschulpolitisch bedeutet das auch, daß im neuen Kuratorium auch ein „Vertreter der Republikaner“ sitzt. (BESETZT Nr. 29, 1.2.89).

Siebter Akt Erdrutsch

Nach der Wahl verlor die StudentInnenbewegung erdrutschartig an Stärke. Der B*Rad begann, „an zu geringer Beteiligung der BEs“ (Besetzungseinheiten) (BESETZT Nr. 29, 1.2.89) zu kranken. Ein geplanter ‚Tag der offenen Tür‘, an dem das Volk die Uni zur Volxuni machen sollte, konnte nicht durchgeführt werden. Viele Besetzungen wurden unkoordiniert und ohne einen taktisch-geplanten Rückzug aus der Uni abgebrochen.

Erschreckend war auch, was sich am „Tatort Lankwitz“ (BESETZT Nr. 30, 2.2.89) abspielte. Elf Institute hatten im B*Rad für eine „Verhinderung“ der Sitzung des Akademischen Senats in Lankwitz gestimmt. Schließlich standen sich dort 20 bis 30 BullInnen und etwa genausoviele StudentInnen gegenüber. Letztere bezogen auch prompt

Prügel. Zwar konnte die Sitzung verhindert werden, aber nur um den Preis großer Verbitterung beim Kern der AktivistInnen: „Wo wart ihr, die ihr so vehement über die Streikbrecher herzieht? Ihr seid verantwortlich für das, was in Lankwitz passiert ist [...]. Die Sache ist gelaufen. Wahrscheinlich findet sich das nächste Mal dann keiner mehr, der für Euch seinen Kopf hinhält“. Am Mittwoch, den 5.2.1989, war es schließlich so weit. Die Sitzung des Akademischen Senats „konnte nicht verhindert werden“ (BESETZT Nr. 35, 17.2.89). Ein Mißtrauensantrag gegen Heckelmann fand keine Mehrheit. Die BESETZT-Redaktion gab ihrem Blatt einen neuen Namen. Sie kündigte an, solange ENTSETZT zu bleiben, „bis die StudentInnenbewegung wieder in der Offensive ist“ (ENTSETZT Nr. 1, 3.3.1989). Die vorlesungsfeie Zeit brachte das Ende der Besetzung.

Seit Samstag, den 25.2.1989, bestimmte die Unileitung wieder, wann Rost- und Silberlaube geöffnet sind. Nach und nach wurden kleinere, noch besetzte Institute geräumt. Die Schlösser wurden ausgewechselt. Zuletzt wollte die Polizei am Samstag, den 4.3.89, das ISI entsetzen. Dort, im Keller der Ihnestraße 22 ereignete sich dann auch der Treppenwitz der Streikgeschichte. Die BesetzerInnen waren (vom Weltgeist informiert?) schon in der Nacht zuvor abgezogen.

Daß sich die StudentInnenbewegung in den Semesterferien scheinbar aufgelöst hat, hat wenig zu bedeuten. Gerade ein Streik an der Uni kann sowieso nur zyklologisch gekoppelt an die Vorlesungszeit stattfinden. Wenn die StudentInnenbewegung im Sommersemester wieder antreten sollte, dann ist sie auch gewachsen. Gewachsen um Erfahrung in kultuRRevolutionärem Elan, in Basisdemokratie und – hoffentlich – im Ausarbeiten von politischen Kampfzielen.